Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,550.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 51. Donnerstag den 20. Februar 1879. 73. Jahrgang.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Freitag, den 21. Februar a. c. sollen im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 45a/b

I. von Vormittags 9 Uhr an

ca. 47 starke **eichene**, 4 buchene, 6 ahorne, 7 eschene und 5 lindene **Nutzklötze**, sowie 16 eschene **Schirrhölzer**,

II. von Vormittags 10 Uhr an

ca. 150 Raummeter eichene **Brennscheite**,
26 Haufen eichener **Abraum**,
150 **Langhaufen** (Schlagreißig) und
90 Bund **Dornen**

an Ort und Stelle unter den öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: im sogen. Ritterwerder an der Plagwitzer Straße, unmittelbar vor Plagwitz.

Leipzig, am 25. Januar 1879. **Des Raths Forstdeputation.**

Brennholz-Auction.

Montag, den 24. Februar 1879, sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 40a

3 Raummeter **eichene Nutzscheite** und
206 Raummeter **eichene Brennscheite**

unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in der Nonne unweit des Schleußiger Weges und der nassen Wiese.

Leipzig, am 14. Februar 1879. **Des Raths Forstdeputation.**

Bekanntmachung.

Denjenigen Grundstücksbesitzern beziehentlich Garteninhabern, welche ihre Bäume, Sträucher, Hecken &c. bis jetzt nicht oder nicht genügend haben von Raupen säubern lassen, wird hierdurch unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 368, 2 des Strafgesetzbuches bei Vermeidung von **Geldstrafe** bis zu **sechzig Mark** oder entsprechender Haft aufgegeben, **ungesäumt** und **längstens bis Ende Februar dieses Jahres gehörig raupen** sowie die **Raupennester vertilgen** zu lassen.

Leipzig, den 13. Februar 1879. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Richter.

Holzauction.

Mittwoch den **26. Februar a. c.** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstrevier **Burgau**, auf dem Kahlschlage in Abth. 14a

ca. 400 klar gemachte Stockholzhaufen

unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft auf dem Kahlschlage in Abth. 14a an der Leutzsch-Wahrener Brücke.

Leipzig, am 18. Februar 1879. **Des Raths Forstdeputation.**

Submission.

Der **Bedarf an Fuhren** für das unterzeichnete Proviant-Amt auf die Zeit **vom 1. April 1879 bis 31. März 1880** soll im Wege der Submission vergeben werden.

Bewerber wollen ihre Offerten bis

Montag, den 3. März d. Jahres, Vormittags 10 Uhr

im **Bureau des Proviant-Amtes** (Schloß Pleißenburg) versiegelt und mit der Aufschrift **„Offerten auf Fuhren-Gestellung beim Proviant-Amt Leipzig"** versehen, portofrei einsenden.

Die näheren Bedingungen liegen im genannten Bureau zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 16. Februar 1879. **Königliches Proviant-Amt.**

Der Fall Fritzsche.

*** Berlin, 18. Februar. Die socialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages sind von einflußreichen Mitgliedern des Hauses ersucht worden, in die Debatten des Reichstages über die Verhaftungsordre gegen den Abg. Fritzsche und die Denkschrift über die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes nicht einzugreifen. (Wir halten diese Taktik diesen Leuten gegenüber für durchaus falsch. Ob ein socialdemokratischer Brandredner sich und seiner Partei den Brei versalzt, darauf kann es hier nicht ankommen. D. R.) Das Verlangen wurde damit motivirt, daß die Situation des Reichstages nach allen Seiten hin eine bedenkliche sei. Die Mehrheitsparteien des Reichstages wünschen nicht gerade die Vertheidigung der Socialdemokraten zu übernehmen, nachdem sie dem Socialistengesetz zugestimmt haben. Eben so wenig wollen sie sich auf das Gebiet der Gegenprovocation begeben, damit Alles vermieden werde, was eine Auflösung des Reichstages rechtfertigen könnte. Gutem Vernehmen nach ist von den „einsichtigen" socialdemokratischen Abgeordneten geäußert worden, daß ihre Partei allerdings die Kosten einer neuen Wahlcampagne schwer empfinden würde und es vorziehe, den liberalen Parteien die Wahrung der Rechte des Reichstages zu überlassen. Nichts desto weniger seien sie aber entschlossen, nöthigenfalls im letzten Zufluchtsorte der Redefreiheit auch ihre Interessen zu vertheidigen. Sie würden nur so weit den Wünschen der Mehrheit Rechnung tragen, als sich Dies mit dem Verhalten der übrigen Parteien ihnen gegenüber vereinigen läßt. Sie könnten sich nicht aus Gründen der Opportunität Stillschweigen auferlegen lassen und dadurch ihre Principien preisgeben. Da dieses Verlangen nicht an die Socialdemokraten gestellt wird, so war man seitens der Führer der übrigen Parteien mit den Erklärungen der socialdemokratischen Abgeordneten zufrieden. (Wir glauben, daß unser Herr Correspondent den „Erwägungen" der socialdemokratischen Mitglieder des Hauses eine zu große Bedeutung beilegt. D. R.) Ob sich indessen der Abg. Bebel veranlaßt sehen wird, auf die Ergreifung des Worts bei der Verhandlung über die Denkschrift zu verzichten, darf man nach den obigen Erklärungen immerhin noch bezweifeln. Außerhalb des Parlaments erwartet man, wie aus dem heutigen außerordentlichen Zudrang zu den Reichstagstribünen entnommen werden konnte, eine besonders aufregende Debatte über den Gegenstand, bei welcher der Reichskanzler nicht fehlen könnte. Diese Erwartungen wurden getäuscht, denn der Platz des Reichskanzlers am Bundesrathstische blieb heute leer und der Gegenstand wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Reichskanzler den weiteren Antrag an das Haus gestellt hat, auch der Verhaftung und Verfolgung des ausgewiesenen Abg. Hasselmann zuzustimmen. Selbstverständlich wird diese neue Forderung an den bisherigen Beschlüssen der Fractionen, welche wir gestern an dieser Stelle mittheilten, Nichts ändern. Mit Ausnahme einiger Altconservativer werden sich allem Anschein nach sämmtliche Fractionen der Resolution der Nationalliberalen anschließen, nach welcher der §. 28 des Socialistengesetzes nicht so interpretirt werden kann, als ob ein Reichstagsmitglied durch eine polizeiliche Verfügung in der Ausübung seines Mandats verhindert werden könne. Seitens der Conservativen wird erwartet, daß vom Bundesrathstische ausreichende Motive zu den Anträgen beigebracht werden, weil diejenigen des Staatsanwalts Tessendorf, welche vornehmlich auf den Ausführungen des Abg. Windthorst (Meppen) beruhen, nicht danach angethan sind, eine Prärogative des Hauses zu eliminiren. (Die Personen der socialistischen Abgeordneten sind durch diese Verhandlungen zu einer ganz unverdienten Wichtigkeit gelangt. D. R.)

* * *

Wir lassen dem parlamentarischen Berichte unseres Correspondenten einige Aeußerungen der Presse folgen, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die Verurtheilung des Antrages des Reichskanzlers bei den liberalen wie bei den conservativen Parteien die gleiche ist. Das Schicksal des Antrags dürfte daher besiegelt sein. Die freiconservative „Post" schreibt:

Der Reichstag, schon empfindlich geworden durch die Vorlage über Verstärkung seiner Strafgewalt gegen Mitglieder, hat diesen Antrag, wie nicht zu leugnen, mit eben so großem Mißtrauen wie mit Besorgniß für dessen mögliche Einwirkungen auf seine eigene Stellung aufgenommen, und es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Aufforderung, welche in demselben liegt, mit großer Majorität ablehnend beschieden wird. . . . . .

Wir sind vorläufig darüber informirt, daß auch die uns nächststehende Partei (die altconservative. D. R. d. L. T.) nahezu einstimmig den Antrag ablehnen wird, wobei allerdings immer vorbehalten werden muß, daß nicht eigentlich ein positiver Antrag gestellt, sondern nur der Reichstag zu einer Beschlußfassung aufgefordert wird, auf welche die Regierung keinen positiven Einfluß zu üben versucht. . . . .

Ganz übersehen wollen wir auch nicht, daß man im Lande möglicher Weise die Sache bedeutend anders beurtheilt, als hier in der Hauptstadt, wo parlamentarische Interessen ihre concentrirteste Vertretung finden.

So viel glauben wir in jedem Falle sagen zu können, daß, wie die Entscheidung des Reichstags auch ausfällt, damit keineswegs dem weiteren Verhalten gegenüber einer etwaigen außerparlamentarischen Thätigkeit socialdemokratischer Abgeordneter präjudizirt werden soll, daß vielmehr jedes Vergehen dieser Art den Reichstag, oder wenigstens die uns näher stehenden Parteien durchaus in Uebereinstimmung mit Forderungen der Regierungen sehen würde, welche darauf gerichtet wären, die Wirksamkeit des Socialistengesetzes nicht abschwächen zu lassen. . . . .

Das leitende Blatt der Berliner Nationalliberalen, die „Nationalzeitung" schreibt:

Nach diesem Ausgang eines so außerordentlichen Schrittes wird die Frage aufgeworfen werden müssen, weshalb die Regierung einen Schritt that, dessen Erfolg sie sich leicht im Voraus berechnen konnte. Wiederum wird ganz Deutschland mindestens mit fragender Verwunderung seine Augen auf Berlin richten, in dem Wunsche wenigstens einig, die Gründe eines solchen Verhaltens zu verstehen.

* * *

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 18. Februar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr. Am Tische des Bundesraths: Staatsminister Hofmann u. A. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des zweiten Vicepräsidenten. Als solcher ward nach zweimaligem Wahlgang der Abg. Fürst Hohenlohe-Langenburg mit 106 Stimmen gewählt. 76 Stimmen erhielt Abg. Dr. Lucius, 29 Zettel sind unbeschrieben. Zu Schriftführern werden durch Acclamation gewählt: die Abgg. Graf Kleist, Bernards, Dr. Weigel, Eysoldt, v. Minnigerode, Thilo, Frhr. v. Soden und Dr. Blum, zu Quästoren ernannt der Präsident, die Abgg. v. Puttkammer (Fraustadt) u. v. Forcade de Biair. Der Reichstag ist somit constituirt und wird die Anzeige davon beim Kaiser erfolgen, sobald Fürst Hohenlohe sich über die Annahme der Wahl erklärt hat. — Zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung, Berathung des Schreibens des Reichskanzlers wegen Verhaftung des Abg. Fritzsche, theilt der Präsident mit, daß ein zweites Schreiben wegen Verhaftung des Abg. Hasselmann eingegangen sei. Der Präsident schlägt deshalb vor, beide Schreiben in der nächsten Sitzung zusammen zu berathen. Das Haus ist damit einverstanden und verweist alsdann nach kurzer Debatte den Entwurf einer Gebührenordnung für Rechtsanwälte an eine Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Berathung der beiden Schreiben wegen Fritzsche und Hasselmann und Handelsvertrag mit Oesterreich). Schluß 4¼ Uhr.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 19. Februar.

Die seit einiger Zeit von Rom ausgehenden, zum Theil über Wien, zum Theil durch das Medium französischer und englischer Zeitungen nach Berlin gelangenden Nachrichten über den Stand der diesseits mit Rom gepflogenen Verhandlungen finden — so wird der „P. C." aus Berlin aus diplomatischer Quelle geschrieben — im Allgemeinen wenig Beachtung und namentlich regierungsseitig wird das absoluteste Stillschweigen beobachtet. Nur die Behauptung, daß der „Friede" bereits abgeschlossen sei, hat eine Widerlegung, sowie die andere Behauptung, daß Minister Falk direct mit Cardinal Rina verhandele, eine Richtigstellung dahin empfangen, daß derartige Verhandlungen nur durch den Reichskanzler gepflogen werden können, wobei natürlich eine indirecte Mitwirkung des preußischen Ressortministers sowie des gesammten preußischen Staatsministeriums nicht ausgeschlossen ist. Es heißt in dem Bericht weiter:

Die Centrumsfraction hat es auch in der jetzt zu Ende gehenden Session des preußischen Landtags an einer energischen, ja leidenschaftlichen Bekämpfung des Cultusministers nicht fehlen lassen und die nicht ungeschickt angelegten Angriffe haben von altconservativer Seite her ausgiebige Unterstützung gefunden. Mit Vorliebe ist das Gebiet des Unterrichtswesens zur Anlegung von Sprengminen benutzt worden, weil bekannt ist, daß die Erfahrungen des vorigen Sommers den Kaiser wiederholt veranlaßt haben, auf eine religiöse Jugenderziehung hinzuweisen. Die gegnerische Action beabsichtigte, vor Allem darzuthun, daß Minister Falk in einem directen Gegensatz zu dieser Anschauung des Kaisers verfahre also unmöglich noch länger Träger des Allerhöchsten Vertrauens sein könne. Ueberdies sei die Person dieses Ministers ein Haupthinderniß für die Beilegung des Culturkampfes, und Herr Windhorst verschmähte selbst das oratorische Hülfsmittel nicht, auf die „möglicherweise" von der Pest ereilten ländlichen Bevölkerungen hinzuweisen, welchen in Folge der Handlungsweise dieses Ministers in den letzten Stunden der Seelsorger fehlen werde! Dieses Argument hat an maßgebender Stelle eben so wenig Eindruck gemacht, wie die ernsthafteren, dem Gebiete des Unterrichtswesens entnommenen, wo man sich in der Regel allerdings nur in Behauptungen gefiel, ohne Beweise dafür beizubringen. In parlamentarischen Kreisen circulirt eine Aeußerung aus Allerhöchstem Munde, welche für die Situation sehr bezeichnend wäre. Der Kaiser soll einem in der letzten Zeit vielgenannten evangelischen Geistlichen gegenüber, der vermöge seiner Stellung der Gesammtheit der kirchlichen Angelegenheiten näher steht, (Rögel?) auf dessen Bemerkungen erwidert haben: „Laviren Sie doch! Ich lavire ja auch, den ganzen Tag von Morgen bis Abend."

* * *

Das Zusammentagen des Reichstages mit dem preußischen Abgeordnetenhause erschwert die parlamentarische Lage ganz außerordentlich. Fast jeder Tag bringt eine neue Version über den Schluß des Landtages. So wird jetzt die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, der Landtag werde am 21. Februar geschlossen, „officiös" als jedenfalls verfrüht bezeichnet, da ein Beschluß über den Schlußtermin noch gar nicht gefaßt ist. Das Staatsministerium wird allerdings — so heißt es — in den nächsten Tagen zusammentreten, um sich darüber zu entscheiden. In derselben Sitzung dürfte auch der Entwurf des Strafvollzuggesetzes dem Staatsministerium vorliegen. Die Stimmung, welche im Reichstage herrschte, ist eine entschieden pessimistische. Auch das Organ Bennigsen's, der „Hannoversche Courier", stimmt darin mit den anderen liberalen Blättern überein:

„Aus Berlin wird uns von Neuem geschrieben, daß man unter den Mitgliedern des Reichstags eine baldige abermalige Auflösung des letzteren für sehr wahrscheinlich halte. Die Ansicht befestigt sich immer mehr, daß Fürst Bismarck eine eingehende Erörterung seiner Zoll- und sonstigen wirthschaftlichen Pläne im jetzigen Reichstage gar nicht wünsche, daß er eine allseitige Beleuchtung derselben vor den Neuwahlen, von denen er eine unbedingt gefügige Majorität erwarte, verhindern wolle. Man hält für möglich, daß die Weigerung des Reichstags, auf die gesetzliche Regelung seiner Disciplinargewalt über seine Mitglieder sich einzulassen, oder irgend ein anderer, schon vor dem Beginn der Zolldebatten sich darbietender Grund zur Auflösung diese sehr bald herbeiführt. Mögen die Liberalen im Lande sich also auf die Entscheidung der Frage vorbereiten, ob im deutschen Reiche die Volksvertretung etwas Ernsthaftes bedeuten oder ob sie nur ein Decorationsstück sein soll, denn auf das Letztere käme es offenbar hinaus, wenn der Reichstag, während ganz Deutschland von der Discussion der wirthschaftlichen Fragen erfüllt ist, verhindert würde, darüber auch nur seine Meinung auszusprechen. Wir für unseren Theil möchten vor der Hand noch bezweifeln, daß die Dinge einen so rapiden Verlauf nehmen; denn darin läge doch das Eingeständniß seitens des Reichskanzlers, daß er die Aufklärung der Nation durch die parlamentarische Verhandlung der Streitfragen, z. B. durch die Theilnahme eines Mannes wie Delbrück daran, fürchte, daß er die Wähler unvorbereitet überraschen wolle."

* * *

Der freiconservative „Neue Wahlverein" zu Breslau hat nun doch in einer von etwa 400 Mitgliedern besuchten Versammlung mit allen gegen etwa 12 Stimmen beschlossen:

„Die General-Versammlung anerkennt, daß die auf Wahlenthaltung gerichtete Resolution vom 9. Februar c. keinen obligatorischen Charakter hat."

An der Discussion betheiligten sich, außer dem Vorsitzenden Oberpostdirector Schiffmann und dem Referenten General-Agent Krebs, Reg.-Rath und Eisenbahn-Director Windhorst, Herr Tournier, Oberlehrer Dr. Schmidt, Stadtrath a. D. Heimann und Graf von Recke-Vollmarstein.

Der Schöpfer der Reorganisation des deutschen Heeres, der frühere preußische Kriegsminister ist auf das Schwerste zu Berlin erkrankt. Nach der „Nrz.-Ztg." wäre das Befinden des General-Feldmarschalls Roon ein fast hoffnungsloses. Im Laufe des Montags ließ der Kaiser Erkundigungen einziehen. Prof. Dr. v. Langenbeck, dessen Tochter die Schwiegertochter des Feldmarschalls ist, besuchte Diesen am Dienstag fünf Mal. Die sämmtlichen Mitglieder der Familie v. Roon sind bereits in oder auf dem Wege nach Berlin. Der „Börsen-Cour." schreibt:

Der Hausarzt des Marschalls verläßt sein Bett nicht; er hat gestern Abend erklärt, daß der Zustand des Patienten ein hoffnungsloser sei. Der Generalarzt von Langenbeck hat dem Kranken am